



öffentlich

Betreff:
Förderung des freien Uferzugangs

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 20.10.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.11.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Oberbürgermeister wird empfohlen, zur Förderung des freien Zugangs zu Seen eine Zusammenkunft betroffener Städte und Gemeinden zu organisieren.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Offensichtlich war die Sperrung des Uferweges am Griebnitzsee ein landesweites Signal für Eigentümer, die den freien Uferzugang verhindern wollen. Deshalb sollte die Landeshauptstadt betroffene Städte und Gemeinden einladen, um gemeinsam über Strategien zu beraten, die eine dauerhafte Sicherung des freien Zugangs zur Natur unterstützen.